

Antworten Wahlprüfstein Nachbarschaftsrat KMA II e.V.

1. Welche politischen Grundsätze wird Ihre Partei, werden Ihre künftigen Fraktionen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen vertreten, um die Umgestaltung der Stadt und speziell des Quartiers KMA II sozial gerecht und im Interesse derer, die hier leben, voranzutreiben?

DIE LINKE. wird sich weiter für bezahlbare Mieten und preiswerten, sozial verträglichen Neubau einsetzen. Wir nehmen Bürgerbeteiligung ernst und wollen, dass Bürgerbeteiligung und echte Mitentscheidung frühzeitig in Planungsprozessen stattfindet.

Wir stehen für ausreichend Kita- und Schulplätze vor der Haustür und die zügige Sanierung der Schulen. Die soziokulturelle Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden. Das betrifft Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche genauso wie Nachbarschaftstreffs, Angebote für Senior:innen und Kulturorte. Wir setzen uns für mehr Sport- und Spielplätze ein und den Erhalt und die bessere Pflege der wohnortnahen Grünflächen.

Wir wollen die Stadt vor den Folgen des Klimawandels schützen, deswegen ist es wichtig in alle Maßnahmen zur Umgestaltung der Stadt ökologische Aspekte einfließen zu lassen, das reicht von energetischer Sanierung bis hin zum mehr Stadtgrün.

2. Wie wollen Sie gewährleisten und mit welchen Maßnahmen wollen Sie konkret dafür sorgen, dass bei allen baulichen, infrastrukturellen Maßnahmen und beim Umgang mit dem vorhandenen Grün, bzw. Ausbau der Grünflächen ein klimagerechter Umgang gewährleistet ist und das Ziel einer klimaneutralen Metropole mitgedacht wird?

Wir halten es für richtig, bei allen baulichen Maßnahmen ökologische Expertise einzubeziehen und klimagerechte Baustoffe einzusetzen. Energieeinsparung hat Priorität für uns. Dabei ist es uns wichtig, dass die zuschussbasierten Förderprogramme ausgebaut werden, damit die Sanierungsmittel nicht auf die Miete umgelegt werden. Klimaschutz soll nicht auf Kosten der Mieter:innen umgesetzt werden und darf nicht zu deren Verdrängung führen.

Bei Baumaßnahmen sollen zukünftig auch Fassaden- und Dachbegrünung mitgeplant werden. Dies ist vereinbar mit der Pflicht zur Installation von Solaranlagen.

Wir setzen uns zudem für die Entsiegelung von Flächen ein. Grundsätzlich halten wir es für erforderlich, bei allen Hoch- und Tiefbauarbeiten im Land Berlin die Nutzung von dezentralen Regenwassermaßnahmen zu prüfen.

Wir wollen die fach- und klimagerechte Pflege von Park- und Grünanlagen, Gartendenkmälern sowie von Stadtbäumen mit Priorität auf Biodiversität und natürlichen Pflanzenschutz konsequent absichern und ausbauen.

Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, ist es notwendig die Bezirksämter mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten. So kann u. a. das Grünflächeninformationssystem [GRIS] betrieben, das Personal mit Fortbildungen sensibilisiert und die flächendeckende Verankerung des Handlungsleitfadens für gute Pflege in den Grünflächenämtern gesichert werden.

Vom Land sollen eine regelmäßige Evaluierung für die fach- und klimagerechte Pflege von Park- und Grünanlagen, Gartendenkmälern sowie von Stadtbäumen und auch wiederkehrende Schulungen für das Personal organisiert werden.

Das „Handbuch Gute Pflege“ muss durch seine konsequente Anwendung verbindlicher Standard für die öffentliche Hand und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden.

Und nicht zuletzt brauchen wir auch hier die Einbeziehung der Bewohner:innenschaft, die sich vor Ort gut auskennt.

3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass vorhandenes Grün (vor allem der Baumbestand) im Quartier künftig besseren Schutz und größere Achtung erfährt, wenn es um Maßnahmen des Neubaus, der Verdichtung und des Umbaus der Infrastruktur geht?

Ja, unbedingt und ohne Einschränkung

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bereits bei der Planung von Baumaßnahmen Klimaschutzmaßnahmen, wie Photovoltaik, grüne Dächer und Fassaden, Regenwassermanagement u.a. mitgedacht und mitgeplant werden?

Ja, siehe Antwort auf Frage 2. Aktuell ist die Solarpflicht bei Neubauten und bei Erneuerung der Dachhaut eingeführt worden und weitere Solar-Förderprogramme sind geplant.

Leider wurde die Novellierung der Bauordnung und weitere Verordnungen (Grün, Verkehr) in den letzten Wochen von politischen Partnern „torpediert“, in der nächsten Wahlperiode werden wir uns erneut für die Verankerung ökologischer Aspekte in diesen Regelwerken einsetzen.

5. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Leitlinien zur Bürger:innenbeteiligung im Quartier umgesetzt werden, in welcher Form und mit welchen verstetigten Formaten wollen Sie künftig die Interessenvertretungen der Nachbarschaft in Planung und Entscheidungsfindung einbeziehen?

DIE LINKE. nimmt Bürgerbeteiligung ernst. Wir wollen den Bürger:innen ausreichend Zeit und Gelegenheit geben, sich zu beteiligen. Die gemeinsam entwickelten Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Berlin-Mitte sollen immer und frühzeitig umgesetzt und angewandt werden, ebenso wie die 2020 beschlossenen Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung.

6. Was werden Sie unternehmen, um Wohngebiete, wie KMA II vor Lärm- und Schadstoffemissionen zu schützen?

Wir wollen den Lärmaktionsplan und den Luftreinhalteplan konsequent umsetzen. Denn wenn der motorisierte Individualverkehr vermindert und der öffentliche Raum menschengerecht umgestaltet wird, dann verbessert das die Lebensqualität gerade der Menschen, die heute besonders unter gesundheitsgefährdenden Abgasen und Lärm leiden.

Verkehrslärm werden wir durch ein Maßnahmenpaket begegnen, zu dem die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) gehört, aber keine Verbote! Dabei braucht es Sonderregelungen für Seniorinnen und Menschen mit Behinderungen. Die Infrastruktur des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad, Fuß) soll stark ausgebaut werden, wir brauchen

Temporeduzierungen und einen lärmindernden Umbau von Straßen. Wir unterstützen und fördern Initiativen für Verkehrsberuhigung und eine Reduzierung des Autoverkehrs in Wohngebieten. Dazu bieten sich verkehrsberuhigte Zonen, aus denen der Durchgangsverkehr herausgehalten wird, genauso an wie klassische Fußgänger*innenzonen.

Welches Modell zur Verkehrsberuhigung und Reduzierung des Autoverkehrs für eine Straße oder einen Kiez am besten geeignet ist, muss vor Ort in den Bezirken unter umfassender Einbeziehung und ernsthafter Beteiligung der Anlieger:innen entschieden werden.

Im Gebiet der KMA II betrifft das zum Beispiel die Berolinastraße, hier ist eine Verbreiterung oder der Erhalt als Wohnstrasse zu prüfen. Die Wegeföhrung im Gebiet muss erhalten bleiben und Durchgangsverkehr erschwert werden.

7. Welche Vorstellungen haben Sie in Bezug auf künftige Verkehrsplanungen und den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs?

Zentral für die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ist die Gewährleistung verlässlicher, barrierefreier, schneller und sicherer Verkehrsmittel in dichten Takten bei naher Erreichbarkeit. Sämtliche Maßnahmen hier aufzulisten würde den Rahmen sprengen (dies bitten wir dem Wahlprogramm zu entnehmen). Einige Beispiele sind:

- Der Bau neuer Trassen für schienengebundene Verkehrsmittel, insbesondere in unzureichend erschlossenen Gebieten und auf überlasteten Buslinien. Im Vordergrund steht dabei für uns der Ausbau der Straßenbahn, da diese eine Feinerschließung gewährleistet, schnell und kostengünstig realisiert werden kann.
- Die Sanierung und Modernisierung des U-Bahn-Netzes, damit dichtere Takte mit den 1500 neuen U-Bahn-Wagen gefahren werden können.
- Die Beschleunigung von Bus und Tram durch eigene Fahrspuren und Vorrangschaltungen.
- Die Herstellung von Barrierefreiheit bei U-Bahn, S-Bahn, Tram und Bus, beispielsweise durch eine Forcierung des Umbaus von Bushaltestellen und die Einführung einer alternativen barrierefreien Beförderung bei Aufzugsstörungen.
- Die Einführung von Rufbussen oder Kleinbuslinien in bislang untererschlossenen Gebieten mit schwacher Nachfrage.
- Stärkere Berücksichtigung von Gelegenheitsfahrer:innen bei der Tarifgestaltung des ÖPNV (z.B. Homeoffice-Tarife oder 10-Fahrten-Karte).

8. Werden Sie zu verhindern versuchen, dass die Berolinastraße im Zuge des Umbaus des Hauses der Statistik zu einer Hauptverkehrsstraße umgebaut wird?

Ja, allerdings wird das auch vom Gesamtkonzept abhängen. Zur Zeit wird von Bezirksseite noch das Verkehrsgutachten für den B-Plan erstellt. Über das Ergebnis muss dann diskutiert werden.

9. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass beim Umbau und Neubau des Projektes Haus der Statistik die Verkehrserschließung nicht zu Lasten der Anwohner:innen anliegender Quartiere geht?

Ja, siehe Antwort zu Frage 8. Allerdings werden die neuen Nutzungen auch neuen Verkehr anziehen. Die Altbewohner:innen des Quartieres werden diese Veränderungen spüren. Parallel wird das neue Quartier auch viele positive Wirkungen für die Nachbarschaft mit sich bringen: Es wird sich ein Mehrwert für alle, für die, die schon lange hier wohnen und für die, die neu hinzukommen, entfalten. Jahrzehntelanger Leerstand wird beseitigt. Nachbarschaftsorientierte Angebote werden in die soziokulturellen Nutzungen des Hauses der Statistik integriert sein, so dass hier eine Aufwertung in einem nichtkommerziellen Sinne stattfinden wird.

10. Was gedenken Sie zu tun, um das Freizeitangebot, jenseits kommerzieller Nutzungen, für verschiedene Altersgruppen zu erhöhen, Treffpunkte zu schaffen, die als Orte für bürgerschaftliches Engagement, Selbstorganisation, Beratungs- und Hilfsangebote, und gemeinsame Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen?

Die angefragten Nutzungen werden teilweise in den neu entstehenden Pavillons an der Karl-Marx-Allee oder in Neubauten in der Schillingstraße unterkommen. Auch im Haus der Statistik und dem Wohnprojekt von Rat und Tat entstehen nachbarschaftsorientierte Angebote.

Sollte zukünftig auch eine bezirkliche Nutzung einer der Pavillon-Neubauten realisiert werden, werden wir uns dafür einsetzen, dass hier die angesprochenen Nutzungsmöglichkeiten integriert werden, beispielsweise im Rahmen ein Bibliothek, die entsprechend der in dieser Legislatur erarbeiteten Bibliotheksentwicklungsplanung als sog. Dritter Ort für die Stadtgesellschaft gestaltet wird.

Parallel sollten in Kooperation mit den Bürger:innen Gespräche mit den Eigentümer:innen der bestehenden Gebäude auf der Karl-Marx-Allee (ehem. Mocka Milch Eis Bar, Cafe Moskau etc.) geführt werden, ob und inwieweit auch hier Angebote für die Öffentlichkeit realisiert werden könnten.

Grundsätzlich steht DIE LINKE für folgende Punkte, um die sozialen Infrastruktur zu verbessern:

- Wir wollen wohnortnahe soziale Infrastruktur, die für alle Menschen zugänglich, barrierefrei und kultursensibel zu sein hat, sichern und weiter ausbauen
- Wir wollen umfassende Investitionen in die Daseinsvorsorge.
- Das breite Netz von Stadtteilzentren, Selbsthilfeinitiativen, Sozial- und Mietberatungen und vielen Angeboten der Bezirke, wie die Senior:innenclubs, soll erhalten, verstetigt und zielgerichtet ausgebaut und die Bezirke gestärkt werden.
- wo neue Wohnquartiere entstehen, müssen Räume für diese soziale Infrastruktur von Anfang an mitgeplant und zur Verfügung gestellt werden.
- Gewerbemietrecht und bundesweiter Gewerbemietendeckel auch zur Sicherung sozialer und kultureller Infrastruktur
- Gesamtkonzept für die Schaffung von Trägerwohnungen und Gewerberäumen für die sozialen und gesundheitlichen Angebote.
- Freiwilliges Engagement für mehr sozialen Zusammenhalt fördern
- bisherige Landesmittel zur Finanzierung der Selbsthilfe im Bereich der Pflege und der Nachbarschaftszentren weiter ausbauen

11. Was wollen Sie für die Verbesserung der wohnortnahen, ambulanten medizinischen Versorgung im Quartier tun?

Um dem Mangel an wohnortnaher, ambulanter medizinischer Versorgung im Kiez zu begegnen, muss erneut mit den Verantwortlichen, wie der kassenärztlichen Vereinigung usw., das Gespräch gesucht werden mit dem Ziel, die Neuansiedlungen von Arztpraxen zu fördern. Neben den geforderten soziokulturellen Angeboten, können zum Beispiel in den Neubauten in der Schillingstraße entsprechende Räume dafür vorgesehen werden: In den Funktionsunterlagerungen (Erdgeschoss) der neu zu bauenden Wohnhäusern. Hierzu ist eine Kooperation mit der Genossenschaft herzustellen. Wir werden uns dafür einsetzen und den zukünftigen Stadtrat für Gesundheit hierzu von Anfang an in die Pflicht nehmen.

12. Was gedenken Sie in Bezug auf bereits privatisierte und der Öffentlichkeit entzogene Orte, wie Café Moskau, Babette, MokkaMilchbar zu tun?

Siehe Antwort auf Frage 9 und 10. Wir unterstützen hier das Engagement des Nachbarschaftsrats KMA II auch die genannten, in Privatbesitz befindlichen Gebäude wieder – zumindest in Teilen – der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hier werden wir nicht lockerlassen und Gespräche einfordern.

13. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schillingstraße, die gegenwärtig umfangreich umgestaltet wird, als Boulevard erhalten bleibt und für die Bürger:innen eine hohe Aufenthaltsqualität haben wird?

Ja, unbedingt und ohne Einschränkung

14. Was gedenken Sie zu tun, um bessere Bedingungen und Voraussetzungen für gelungene Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu schaffen und dabei auch Einfluss auf Kommunale Wohnungseigentümer zu nehmen, sich mehr als bisher um sozialen Zusammenhalt und integrative Maßnahmen zu bemühen?

Wir werden auch hier das Gespräch und die Kooperation mit den kommunalen Wohnungseigentümer:innen suchen.

Die in der Karl-Marx-Allee mit Beständen vertretene städtische Wohnungsbaugesellschaft WBM engagiert sich für Mieter*innen mit Fluchterfahrung. Um ihnen das Ankommen in Berlin zu erleichtern organisiert sie in Kooperation mit dem Humanistischen Verband eine ehrenamtliche Patenschaft von Mieter*innen in Form einer Nachbarschaftshilfe. Die WBM bietet eine regelmäßige mehrsprachige Sprechstunde an. DIE LINKE begrüßt das Engagement der städtischen Wohnungsbaugesellschaften bei der Integration in den Wohnquartieren. Auf unseren politischen Druck hin streben die städtischen Wohnungsbaugesellschaften an, ab 300 Wohnungen Mieterbeiräte auf einheitlicher inhaltlicher Grundlage einzurichten. Dadurch sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten auch unmittelbar in den Wohnanlagen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften gestärkt werden.

Aus unserer Sicht ermöglicht umfassende und gleichberechtigte Teilhabe Integration. Integration ist für uns keine bzw. nicht nur eine Bringschuld von Menschen mit Migrationshintergrund. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen für Teilhabe geschaffen werden. Das bedeutet:

- Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns von 13 Euro (unsere Forderung) für alle Menschen. Gegen einen eventuellen Fachkräftemangel braucht es keine gezielte Abwerbung von qualifizierten Menschen im Ausland, sondern anständige Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung für alle Menschen hierzulande.
- bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen
- Aufhebung der Einschränkung sozialer Sicherheiten für Migrant*innen aus EU-Ländern und anderen Staaten
- Auf Dolmetscher*innen-Leistungen soll es im Rahmen medizinischer Leistungen einen gesetzlichen Anspruch geben. Auch Inklusion, Teilhabe und Barrierefreiheit dürfen keine Frage des Aufenthaltstitels mehr sein.
- aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Migrant*innen sollen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben.
- Investitionen in eine Beratungs- und Unterstützungsstruktur, die auf die spezifischen Problemlagen und Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund eingeht